

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Erwin Horn MdB bewertet den sowjetischen Vorstoß zur Abrüstung bei den atomaren Kurzstreckenraketen: Atomwaffen: Sowjetische Abrüstung, statt westlicher Aufrüstung.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB warnt vor einer voreiligen Deregulierungseuphorie: Die Deregulierung schafft neue Bürokratie.

Seite 2

Josef Vosen MdB stellt grundsätzliche Fragen an die Forschungspolitik: Ein „Weiter so“ genügt nicht mehr.

Seite 3

44. Jahrgang / 42

1. März 1989

Atomwaffen: Sowjetische Abrüstung, statt westlicher Aufrüstung

Auch über die Kurzstreckenraketen muß verhandelt werden

Von Erwin Horn MdB
SPD-Obmann im Verteidigungsausschuß des Bundestages

Moskau ist bereit, seine 1.600 Kurzstreckensysteme (Nuklearraketen mit Reichweiten unter 500 km) auf den jetzigen westlichen Stand von 88 (Lance-Raketen) zu verringern.

Mit dieser Ankündigung vor der Presse hat der neue stellvertretende sowjetische Außenminister und Abrüstungsbeauftragte, Victor Karpow, klargestellt, worauf der Westen sich tunlichst vorbereiten sollte:

— Moskau will nukleare Abrüstung auch im Reichweitenband bis 500 km. Die Abrüstung erfolgt zunächst einseitig von einem Kräfteverhältnis von 1.600 : 88 (18:1) auf 88:88 (1:1).

— Wenn dieser Raketenabbau beginnt, wird die Absicht, die 88 Lance mit Reichweiten von circa 110 km durch neue Atomraketen mit Reichweiten bis wenig unter 500 km zu ersetzen, zum ständigen öffentlichen Legitimationsproblem derer, die das betreiben.

— Eine als „Modernisierung“ getarnte westliche Raketen-Aufrüstungsrunde wäre widersinnig. Dem politischen Druck westlicher Verbündeter auf die Bundesregierung werden im Vorfeld des Gorbatschow-Besuchs die Grundlagen entzogen.

Karpows Zusatz - die Sowjetunion wäre gemeinsam mit der Nato auch bereit, diese Raketen ganz abzuschaffen - verdeutlicht die politischen Ziele:

— Die Sowjetunion will westliche Zustimmung für Verhandlungen über die Nuklearwaffen bis 500 km Reichweite. Dafür ist sie bereit, mehr als 1.500 nukleare Kurzstreckensysteme einseitig abzubauen.

— Die Sowjetunion will eine dritte Null-Lösung, ist jedoch bereit, auf westliche Vorstellungen flexibel zu reagieren. Für den Fall, daß es nicht zu der angestrebten dritten Null-Lösung kommt, macht sie schon heute klar, wer dann den schwarzen Peter hat.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, darauf zu drängen, daß auf dem Nato-Gipfel Verhandlungsbereitschaft über die Nuklearwaffen bis 500 km Reichweite signalisiert wird. (-/1.3.1989/vo-hs/st)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreiszeitung-Verlag
mineralisches Rohmaterial
Recycling-Papier



Die Deregulierung schafft neue Bürokratie

Statt wirtschaftlicher Effizienz mehr Aufwand

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Forderung nach Deregulierung, nach dem Abbau von Vorschriften und Regelungen und nach mehr marktwirtschaftlichen Mechanismen ist in der wirtschaftspolitischen Diskussion ein „großes“ Thema von beachtlicher Schubkraft, das auch die Regierungskoalition für sich gesichert hat - wie die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen, aber nur mit begrenzten Erfolgen.

Deregulierung soll durch mehr Wettbewerb zu höherer wirtschaftlicher Effizienz führen und unnötige Bürokratie beseitigen. Dahinter sind eine Menge Fragezeichen zu setzen.

Denn: Im Wettbewerb werden die Sitten rauher und der staatliche Kontrollaufwand zur Gewährleistung ihrer Einhaltung muß erhöht werden.

Ein Beispiel: Bei polizeilichen Kontrollen des Güterverkehrs auf der Straße ergeben sich schon jetzt enorme Beanstandungsquoten. Wenn die Liberalisierung des Güterverkehrs auf europäischer Ebene in Kraft getreten ist und der Konkurrenzdruck stark zunimmt, werden noch mehr Kontrollen und noch mehr Polizei nötig werden, deren Kosten im übrigen bei den Ländern anfallen.

Auf manchen deregulierten Märkten ist im Ausland die Erfahrung gemacht worden, daß durch marktbeherrschende Unternehmen der gewünschte Wettbewerb gar nicht erst entsteht und von der Bürokratie sozusagen simuliert werden muß.

Ein Beispiel: Die Deregulierung der Telekommunikation in England und in den Vereinigten Staaten hat neue Preisüberwachungs- und Kontrollbehörden entstehen lassen. Ökonomen können sich verdient machen und verdienen bei der Entwicklung von theoretischen Modellen, mit deren Hilfe der fehlende Marktmechanismus ersetzt werden, die Preise kontrolliert und die Effizienz des Scheinmarktes gesteigert werden soll.

Die Aufteilung der Deutschen Bundespost in drei Teilunternehmen erhöht, so die Hoffnung der Bundesregierung, ihre organisatorische Flexibilität. Die Dreiteilung schafft aber auch Bürokratie und neuen Aufwand, da es künftig vieles bei der Post dreimal statt einmal geben wird und die Unternehmen sich gegenseitig Rechnungen für in Anspruch genommene Dienste und Leistungen schreiben werden.

Wir haben in diesem Land mehr als genug an Bürokratie. Aber praktische und sinnvolle Vorschläge, sie einzugrenzen und abzubauen, hat diese Bundesregierung noch nicht vorgelegt.

Wie sollte sie auch. Ihre eigene, nimmt man die Zahl ihrer Parlamentarischen Staatssekretäre, Staatsminister und beamteten Staatssekretäre als Maßstab, ist seit 1982 in geradezu abenteuerlichem Umfang gewachsen. Da müßte der Bürokratieabbau anfangen.

(-/1.3.1989/vo-he/st)

Ein „Weiter so“ genügt nicht mehr

Drei unbequeme Fragen an die Forschungspolitik

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Wir haben uns offenbar daran gewöhnt, daß in der Forschungspolitik der Bundesrepublik Deutschland unter der Verantwortung eines gemeinhin als äußerst intelligent geltenden Forschungsministers seit sechs Jahren praktisch alles zum Besten bestellt sei und daß wir es mit einem erfolgreichen Forschungsminister zu tun hätten.

Der Eindruck täuscht, wie die Erörterung der folgenden Fragen an diese Art von Forschungspolitik zeigen soll.

Die Grundlage für die vom Forschungsminister praktizierte Förderpolitik, das tägliche Geldausgeben für Forschungsaktivitäten also, sind die Paragraphen 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung: Der Forschungsminister darf Gelder für Forschung und Entwicklung bewilligen, wenn der Bund an dem konkreten Projekt ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.

Das ist alles.

Damit rechtfertigt der Forschungsminister einerseits 260 Millionen DM an die Siemens AG für den Megabit-Chip und andererseits praktisch den Abbruch der gesamten Mittelstandsförderung.

Erste Frage:

Ist es wirklich notwendig, daß finanzstarke Großunternehmen Forschungsförderungsmittel erhalten? Glauben wir wirklich alle daran, daß diese Großunternehmen - etwa Bayer AG, Hoechst AG, BASF AG, Daimler-Benz AG und Siemens AG - die geplanten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ohne die Forschungsmillionen aus Bonn unterlassen würden?

Ich neige dazu, diese Fragen heute zu verneinen. Diese Anfang der siebziger Jahre von uns Sozialdemokraten eingeleitete Förderpraxis hatte den Sinn, bestimmte Forschungsfelder erstmals zu erschließen, ergänzend zu den bei den Großforschungseinrichtungen gleichfalls auf der grünen Wiese installierten Forschungskapazitäten.

Stichworte sind Großrechner, Weltraumprojekte, Kernenergie, Meeresforschung und andere. Ferner stand im sozialliberalen Kabinett die Grundidee Pate, über die Forschungsförderung als Gegengewicht zum ordoliberalen Wirtschaftsressort Ansätze einer Industriestrukturpolitik einzuleiten.

Wir müssen heute feststellen, daß diese Ansätze gescheitert sind. Die Herausforderungen an unsere Gesellschaft liegen heute auf den Gebieten Gen- und Bioteknik, Informationstechnik, Umweltschutz und nicht-nukleare Energieforschung. Eine schwerpunktmäßige Umstrukturierung und Konzentration der Forschungsförderung auf diese Sektoren ist nicht im erforderlichen Ausmaß festzustellen. Das Forschungsministerium ist zu einer flächendeckenden Großindustriefinanzierung übergegangen. Es funktioniert als Steuerrückerstattungsbehörde für Großunternehmen.

Innovation und Strukturanpassung sind ureigene Aufgaben der Unternehmen. Die Unternehmen haben Augen und Ohren am Markt, nicht etwa der Staat. Es ist ihre Sache, anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung voranzutreiben, neue Märkte zu erschließen, betriebsintern für ein günstiges Innovationsklima zu sorgen und die Anpassungsfähigkeit zu stärken. Es liegt an ihnen, Leistungsbereitschaft zu mobilisieren, Mitarbeiter zu motivieren und weiter zu qualifizieren, sie mit neuen Techniken vertraut zu machen, die Bestqualifizierten in Schlüsselpositionen zu berufen und die Aufsichtsräte und Kontrollorgane mit sachkundigen und engagierten Personen zu besetzen. Viele Unternehmen leisten diese Aufgabe mit großem Erfolg. Viele scheinen aber auch bürokratisch erstarrt und risikoscheu zu sein.

Sind wir - nochmals - wirklich der Meinung, daß für die Forschung und Entwicklung des Themas „Einfluß des Matrix-Typs auf die statischen und dynamischen Eigenschaften von polymeren Hoch-

leistungsverbundstoffen" die Firmen BASF AG 2,4 Millionen DM, Daimler-Benz AG 490 TDM und die MBB GmbH 500 TDM erhalten müssen? Oder hat sich hier nicht die Forschungsförderung verselbständigt: Weil für das Thema Geld da ist, muß es auch ausgegeben werden?

Das gleiche gilt für das Thema „Entwicklung von funktionalisierten Fluoropolymeren". Muß die Firma Hoechst AG hierfür 6,9 Millionen DM erhalten, oder ist das nicht auch ihre ureigenste Aufgabe?

Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Ich habe den Eindruck, das Forschungsministerium verfährt inzwischen nach dem Grundsatz: Wir liegen hinten, also fördern; wir liegen im Mittelfeld, also fördern; wir liegen vorn, also erst recht fördern! Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn man aus vielen Gesprächen mit der Industrie hört, daß der Forschungsminister mit der deutschen Industrie keinen wirklich fruchtbaren Dialog mehr führt. Er hat sich eingemauert.

Ich möchte die Frage der Großunternehmensförderung auf ihren Kern reduzieren, indem ich behaupte, daß der Forschungsminister zwar möglicherweise genügend Intelligenz, nicht jedoch genügend Nerven hat, sich der Frage zu stellen, ob die notwendigen Forschungen und Entwicklungen in der Industrie auch ohne staatliche Unterstützung stattfinden würden. Ich empfehle ihm hier etwas mehr Härte.

Besser wäre allerdings - statt auf individuelle Härte zu hoffen - ein neuer Forschungsförderungsgrundsatz: Unternehmen mit über 500 Beschäftigten und mit mehr als 200 Millionen DM Jahresumsatz erhalten in der Regel keine Forschungsförderung. Dies ist die Umkehrung der Grenzlinie für die Mittelstandsförderung. Das bedeutet, daß damit erhebliche Mittel frei würden, um die Verbreiterung der Schlüsseltechnologien bei den kleinen und mittleren Unternehmen wieder zu ermöglichen.

Die Aufgabe für die kleinen und mittleren Unternehmen, die 95 Prozent der Firmen der verarbeitenden Industrie darstellen, müßte dann lauten:

- Die Verknüpfung von innovativ anspruchsvoller Mechanik und fortschrittlicher Elektronik,
- Beherrschung des Umgangs mit komplexen Büro- und Verwaltungsstrukturen im privaten und öffentlichen Bereich und
- die Entwicklung einer umweltfreundlichen Chemie unter Einschluß der Biotechnologien. Gerade dieser wichtige Exportzweig der Bundesrepublik steht und fällt in absehbarer Zeit mit seiner Fähigkeit, Umweltprobleme gründlich und weltweit führend zu lösen.

Hierfür werden mehr Forschungs- und Entwicklungsmittel benötigt.

Ich bezweifle, daß die Steuerreform der Bundesregierung die kleinen und mittleren Unternehmen zu mehr Forschung und Entwicklung anregt. Es fehlt bei den kleinen und mittleren Unternehmen, wie einst bei den neuen Schlüsselbranchen in der Großindustrie noch weitgehend ein Forschungs- und Entwicklungsklima. Dies muß auch direkt angereizt werden.

Die Rolle der Großforschungseinrichtungen in der Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor unklar. Geschaffen in einer Aufbruchstimmung für Datenverarbeitung, Weltraumtechnik und Kernenergie und nach und nach zugegebenermaßen deutlich auf nahezu alle Themenstellungen erweitert, bieten sie heute eine überalterte Mannschaft, arbeiten an vielen überholten Themen und werden von der innovierenden deutschen Industrie nur halbherzig wahrgenommen. Das ist aber wohlgemerkt nicht ihr Verschulden, sondern Politikversagen.

Zweite Frage:

Wo ist eigentlich der staatliche Ansatz, in den Forschungseinrichtungen von Bund und Ländern, in Hochschulen und Schulen die neue Schlüsseltechnologie Informationstechnik breit in Forschung, Entwicklung, Lehre und Lehrplänen (Curricula) zu verankern? Wo sollen die Informatikerheere eigentlich herkommen, die die Bundesrepublik im Jahre 2000 braucht?

Im Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern, zwischen Forschungsministerium und Bildungsministerium, zwischen Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium droht eine Frage, die für den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland von strategischer Bedeutung ist, vollständig zerrieben zu werden. Während in Japan die Zahl der Informatiker für die neunziger Jahre sich in die Größenordnung von hunderttausenden bewegen wird, wissen wir nicht, wie unsere Hochschulen 20.000 Informatiker als das neue Humankapital für die neunziger Jahre heranbilden sollen. Hier sind schon so viele Köche am Werk, daß man die Küche gar nicht mehr betreten kann, geschweige denn, daß ein Brei herauskommt, den man auch noch essen könnte.

Ich plädiere hier für eine neue Anstrengung der Forschungspolitik. Neue Stellen für die Informationstechnik an den Forschungseinrichtungen und Universitäten; neue Anläufe zu einer Vereinheitlichung der Lehrpläne von der Hauptschule an; Konzentration auf die Qualifizierung in allen Bereichen einschließlich der Betriebe und vor allen Dingen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Wenn wir uns hier nicht rasch aus dem überkommenen Kompetenzverhau lösen können; werden wir bald ein Entwicklungsland sein.

Ich sehe nicht ansatzweise eine Aktivität in diese Richtung aus dem Forschungsministerium. Ein beklagenswertes Negativbeispiel ist das Scheitern eines großen Informationstechnik-Anlaufes bei der Kernforschungsanlage Jülich vor zwei Jahren. Ein erneuter Versuch in diese Richtung hat bislang nicht stattgefunden. Hier wäre Raum für Politik.

Umwelt und Energie sind die mittelfristig vordringlichsten Themen, wenn es gelingen soll, den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland zu retten und auszubauen.

Dritte Frage:

Was ist eigentlich der Beitrag des Forschungsministeriums dazu, die Umweltsituation und die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland mittelfristig auf eine neue Grundlage zu stellen?

Es mag dem einen oder dem anderen schon zum Überdruß bekannt sein: Der Forschungsminister hat seit seinem Amtsantritt die nicht-nukleare Energieforschung praktisch abgewürgt.

Förderung nicht-nuklearer Energieforschung (Projektförderung) in Millionen DM durch BMFT

	1982 Ist	1983 Ist	1985 Ist 1)	1987 Ist	1989 Soll
Rationelle Energieverwendung und regenerative Energiequellen	276,1	223	185,6	166	249
Kohletechnik incl. Kohleveredlung	384,9	293,8	241,4	226	164,5
Zukunftsinvestitionsprogramm	—	3,5	—	—	—
Summe:	660,1	520,3 2)	427 2)	392	413,5

- 1) Nach der Finanzplanung der sozialliberalen Koalition sollten 1985 780 Millionen DM aufgewendet werden.
- 2) Das bedeutet, daß diese Bundesregierung der nicht-nuklearen Energieforschung jährlich etwa 200 bis 300 Millionen DM entzogen hat und weiter entzieht.

Trotz seiner zur Schau getragenen Problembewußtheit verteidigt der Forschungsminister den Schnellen Brüter und die Wiederaufarbeitung, die nun auch in zunehmenden CDU-Zirkeln als nicht mehr zu rechtfertigenden angesehen werden.

Die CDU/CSU-Fraktionsführung versucht seit Monaten einen Antrag von etwa 70 Abgeordneten aus der CDU/CSU-Fraktion zu verhindern, mit dem die Verwertungsbedingungen von Wind- und Wassernergie verbessert und gefördert werden sollen.

Der Forschungsminister schweigt hierzu.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland auch noch in den neunziger Jahren und danach Energietechniken am Weltmarkt verkaufen will, muß die darauf eingerichtet sein, daß dies keine Kernkraftwerke mehr sein können. Unfall- und Proliferationsrisiken sind einfach unakzeptabel. Solartechniken, Wasserstofftechniken, Windenergie-Nutzung, Verbundsysteme aus diesen Techniken mit Meerwasserentsalzung und so weiter werden an Gewicht dramatisch zunehmen. Der Forschungsminister sollte hier eine völlig neue Schwerpunktsetzung vollziehen.

Die gängige Umweltforschung bleibt in ihrem Mittelaufwand weit unter eine Milliarde DM pro Jahr. Es wird auf Halde geforscht. Das bedeutet, daß die Ergebnisse weitgehend nicht umgesetzt werden. Mögliche Normen werden nicht eingeführt.

Dies ist eine völlig unzulängliche Bilanz. Der Forschungsminister hat überdies - noch ehe er eigentliche Kompetenz auf dem Gebiet des Vorschlagens von Normen aufgrund von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen gewonnen hätte, sein eigentliches Gebiet schon an den Umweltminister verloren. Dieses Auseinanderfallen von Erkenntnis und Umsetzung ist ebenfalls ein unakzeptabler Zustand.

Wir fragen noch einmal, ob es nicht ein wirklich besserer Weg wäre als das gegenwärtige „Forschen auf Halde“, wenn man mittelfristig gestaffelte Normen für Umweltprobleme vorgäbe, um so die F+E-Tätigkeit der Wissenschaftler und Ingenieure in den Unternehmen zu stimulieren und vor allen Dingen allgemein verlässlichere Vorgaben zu haben?

Zugegeben, das alles ist viel auf einmal. Wir müssen uns den Problemen aber stellen. Ein „Weiter so“ genügt einfach nicht mehr. Vielleicht ist auch der Forschungsminister schon zu lange in seinem Amt, um noch innovativ zu sein.

(-/1.3.1989/va-he/rs)

* * *